

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) ten Oberkirchenrat handeln, und der solle das nebenamtlich machen. Dieser Brief ist mir gut in Erinnerung. Darin hat sich nämlich Herr Dr. Linsen für mehr Personal eingesetzt. Deshalb wundere ich mich, daß fünf Jahre später jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung das Gegenteil angemutet wird.

Ich glaube, wir brauchen Aktivitäten in den Ländern des Südens und der Dritten Welt. Damit es aber dort Aktivitäten geben kann, brauchen wir ein Umdenken bei uns. Das ist das, was in Rio gesagt worden ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer hier Bewußtsein verändern will, der muß dazu Menschen haben. Darum haben wir Promotoren und Promotorinnen, deren Arbeit ich so beurteile, wie es Frau Kollegin Jung hier eben ausgeführt hat. Die werden nicht alle gut sein. Wir werden mit ihnen Erfahrungen sammeln müssen. Aber daß es diese jetzt gibt und daß ihre Tätigkeit eine Wirkung in die Gruppen hinein hat und zu neuen Gruppenbildungen führt, das haben wir auf vielfache Weise festgestellt. Und darüber bin ich sehr froh.

(B) Hinsichtlich der 50 Pfennig habe ich noch ein paar hämische Kommentare in Erinnerung, als das damals zum ersten Mal ausgeschüttet wurde. Aber ich könnte Ihnen auch von denjenigen erzählen, die mir berichtet haben, was mit dieser Arbeit geschieht und mit diesem Geld vor Ort verändert wird. Darum finde ich es gut, daß wir lokal handeln und global denken und umgekehrt.

Wir haben es hier mit einem Politikbereich zu tun, der es nicht leicht hat, aber dem wir es leichter machen müssen. Deshalb bin ich froh darüber, daß Oberkirchenrat Schroer in den fünf Jahren eine so hohe Reputation auch im Landtag gefunden hat, und deshalb bin ich froh darüber, daß ich jetzt einen hauptamtlichen Nord-Süd-Beauftragten in Dr. Lefringhausen habe, der mit einem großen Erfahrungsschatz gekommen ist und der all die Voraussetzungen mitbringt, die in dem Brief von Dr. Linsen aus dem Jahre 1992 reklamiert wurden.

Freilich führt das zu höheren Personalkosten; das haben wir dem Ausschuß berichtet. Ich würde es aber für ganz fatal halten, wenn wir eine solche Entwicklung zum öffentlichen Gegenstand machten, anstatt das gemeinsame Ziel zu verfolgen, Entwicklungspolitik - "Entwicklungshilfe" würde ich nicht mehr sagen - zu einer Sache des ganzen

Landes zu machen. Ich möchte diesen Ansatz gern behalten. Es ist gut auch für uns, auch für die Menschen, die hier leben, wenn wir mithelfen,

(Beifall bei der SPD)

daß andernorts besser gelebt werden kann und nicht nur überlebt wird. Das muß man lernen. Das besteht gar nicht darin, wieviel Geld wir geben, sondern die Hauptfrage ist, wieviel wir den anderen nehmen und ob wir nicht weniger nehmen sollten, als wir denen nehmen, die weniger haben als wir. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, so daß ich die **Beratung** zu diesem Tagesordnungspunkt **schließen** kann.

Wir haben **abzustimmen** über die **Überweisung des Antrags an den Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik**. Dort wird die abschließende Beratung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dann ist das einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

9 Zwölftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2482

erste Lesung

in Verbindung damit:

**Bericht des Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen nach § 23 des Abgeordnetengesetzes**

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 12/2186

Ich verweise auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/2513**. Dieser Entschließungsantrag wird in die heutige **Beratung einbezogen**, jedoch nach

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

- (A) § 86 der Geschäftsordnung nicht an den Hauptausschuß überwiesen. Zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs wird er wieder in die Tagesordnung der Plenarsitzung aufgenommen.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile als erster Rednerin Frau Kollegin Fischer für die Fraktion der SPD das Wort.

Birgit Fischer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf sieht vor, das steuerpflichtige Einkommen der Abgeordneten für 1998 um 1,7 % anzuheben. Er entspricht damit der Empfehlung des Präsidenten vom 27. Juni 1997.

Die meisten von uns wissen, daß diese Empfehlung einer festen Regel und einer klaren Datenbasis folgt. In den Medien und in der öffentlichen Diskussion wird dies nur selten zur Kenntnis genommen. Deshalb will ich auch heute festhalten: Die große Mehrheit in diesem Haus fühlt sich seit über zehn Jahren an eine Regel gebunden. Diese gleichermaßen einfache wie überzeugende Regel lautet:

- (B) Wir halten uns bei der Festsetzung der Diäten an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung, an das, was die Tarifparteien, was Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgehandelt haben. Die dafür maßgeblichen Daten sind dem Präsidenten durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik übermittelt worden.

Demnach stiegen die Bruttostundenverdienste der Arbeiterinnen und Arbeiter 1996 um durchschnittlich 2,2 %, die Brutto-Monatsverdienste der Angestellten um 2,3 %. Die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, die ebenfalls berücksichtigt werden, stiegen um 1 Prozentpunkt. Im Durchschnitt ergibt sich daraus ein Plus von 1,7 %. Genau diesen Wert übernimmt der vorliegende Gesetzentwurf.

Meine Damen und Herren, es gehört inzwischen zu den Ritualen des Landtags - so auch in diesem Jahr -, daß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine Anpassung der Diäten stimmen. Sie tun dies, obwohl sie wissen, daß die nordrhein-westfälischen Diäten sehr maßvoll sind, und zwar sowohl im Vergleich zu den anderen deutschen Parlamenten als auch gemessen an den Einkommen anderer Berufsgruppen. Auch sie wissen, daß bereits ein Referatsleiter in der Landesregierung, daß ein Oberstudiendirektor im Schuldienst und erst recht jeder mittlere Angestellte in der freien Wirtschaft

mehr verdient als ein nordrhein-westfälischer Abgeordneter. (C)

Aber allmählich fällt auch den GRÜNEN die Begründung für dieses Ritual schwer. Zwei Jahre lang haben sie behauptet, die Einkommen der nordrhein-westfälischen Abgeordneten seien überdurchschnittlich stark gestiegen. Ich habe ihnen ausführlich bewiesen, daß diese Behauptung unwahr ist. Jetzt ist davon in Ihrem Antrag keine Rede mehr. Das heißt für mich: Auch die GRÜNEN räumen endlich ein, daß sich die nordrhein-westfälischen Abgeordneten nicht bessergestellt haben, als dies der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung entspricht.

Zweitens stelle ich fest: Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie gestehen uns zwar ausdrücklich zu, daß unser Gesetzentwurf der Anpassungsregel entspricht, aber Sie halten dieses Ergebnis für unangemessen. Wenn aber aus Ihrer Sicht alle Erhöhungen seit 1990 falsch waren, dann erwarte ich von Ihnen einen Gesetzentwurf, der die Diäten um genau diesen Erhöhungsbetrag kürzt. Solange Sie diese Konsequenz scheuen, bleiben Sie in dieser Frage die Trittbrettfahrer der großen Fraktionen, und das wissen Sie genau.

Mit Ihrem Verweis auf die Landesregierung kann ich nun schließlich überhaupt nichts anfangen. - (D) Erstens hat dieser Landtag die Anpassung der Diäten für das Jahr 1997 bereits verschoben und damit im Jahresschnitt um 1,5 % gekürzt. Insofern kann ich kein Beispiel erkennen, dem wir noch zu folgen hätten.

Zweitens bin ich überzeugt, daß wir die Entscheidung über unsere Einkommen schon selbst treffen müssen. Ich habe nicht die Absicht, dem Kabinett in dieser Frage Empfehlungen zu geben, und ich bin davon überzeugt, daß die Regierung dies umgekehrt ebenfalls nicht beabsichtigt. Die GRÜNEN mögen den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an das Kabinett überweisen, wir aber stimmen der Überweisung an den Hauptausschuß zu. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Hardt für die Fraktion der CDU das Wort.

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Angemessen-

(Heinz Hardt [CDU])

- (A) heitsbericht des Präsidenten vom 27. Juni dieses Jahres behandelt die Frage, ob eine Anpassung der Diäten an die gestiegenen Lebenshaltungskosten begründet ist oder nicht. Der Präsidentenbericht kommt für das Jahr 1998 zu dem eindeutigen, bejahenden Ergebnis, eine Erhöhung um 1,7 % vorzunehmen.

Die CDU-Landtagsfraktion legt zusammen mit der SPD einen Gesetzentwurf Drucksache 12/2482 vor, wobei alle Daten zur Berechnung der Erhöhung unserer Diäten aus dem Jahre 1996 stammen. Das heißt: Es werden aus 1996 die durchschnittlichen Bruttoverdienste im produzierenden Gewerbe - Frau Fischer hat das Plus schon genannt: 2,2 % -, es werden die durchschnittlichen Bruttoverdienste im Dienstleistungsbereich - plus 2,3 % -, es werden entsprechend die nordrhein-westfälischen Indikatoren von Renten - plus 1 % - sowie die gestiegenen Kosten bei Mieten, Übernachtungen und Kfz- und Einzelhandelspreise in diesem Zusammenhang zugrunde gelegt.

Auf der Basis von 1996 werden also die voll zu versteuernden Diäten in 1998 bezahlt, und dies auch nur zwölfmal jährlich ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld. Ich möchte dies nur einmal anmerken, weil in der Öffentlichkeit dies nicht immer bekannt ist.

- (B) Seit 18 Jahren, meine Damen und Herren, wird dieses streng objektivierende Verfahren in Nordrhein-Westfalen angewandt, und somit sind alle Diätenerhöhung seit 1979 nach gleichen Grundsätzen erfolgt. Ich möchte anmerken, daß ein Mitglied des Landtags, das ein Arbeitspensum von 60 Wochenstunden hier im Landtag oder in seinem Wahlkreis engagiert einbringt, auch einen Anspruch auf eine gerechte Entlohnung hat.

Die CDU-Landtagsfraktion stimmt einer Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung nach § 5 Abgeordnetengesetz um 1,7 % - das sind 147 DM - ab dem 1. Januar 1998 zu. Darüber hinaus stimmen wir einer Erhöhung der allgemeinen Kostenpauschale nach § 6 Abs. 2 Nr. 2 Abgeordnetengesetz um 10 DM sowie der allgemeinen Kostenpauschale nach § 6 Abs. 2 Nr. 1 um 1,6 % - das sind 36 DM - zu. Die Erstattungen für Fahrten in Ausübung des Mandats heben wir nach dem Vorschlag des Präsidenten ebenfalls an. Gleichzeitig werden nach § 6 Abs. 6 die Gehälter von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten zur Unterstützung bei der Erledigung ihrer parlamentarischen Arbeit ebenfalls angehoben.

Meine Damen und Herren, nun hat die grüne Fraktion wie im Vorjahr einen Entschließungsantrag mit dem Ziel vorgelegt, keine Anhebung der Diäten vorzunehmen. Dazu ist unter anderem anzumerken: Wären wir ihrer permanenten Ablehnung seit 1990 gefolgt, so wäre das Abgeordnetenmandat nur noch für gewisse Gruppen in unserer Gesellschaft interessant - wenn überhaupt. Wie wollen kein Lobbyistenparlament, sondern freie, unabhängige Mandatsträger als Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Ich muß die gleiche Anmerkung machen wie Frau Fischer: Ihre grüne Masche war im letzten Jahr, daß Sie die rechtliche Grundlage zur Ermittlung unserer Diäten nicht für rechtens hielten. Ich muß auch folgendes noch einmal betonen: Sie hatten wirklich ein Jahr Zeit, einen Gesetzentwurf dazu einzubringen. Ich sage: Fehlanzeige. Sie formulieren populistische Sprüche in der Öffentlichkeit, aber - ich muß das von dieser Stelle auch einmal sagen - Sie kassieren natürlich heimlich mit.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie Einsparungen wollen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, können wir uns sehr schnell einig werden: Verkleinern wir doch den Landtag, so wie es in Bayern vor einigen Tagen einvernehmlich beschlossen wurde.

(Beifall bei der CDU)

Haben Sie doch den Mut dazu, dies entsprechend zu machen. Wir haben in den letzten Jahren schon mehrfach Anträge dazu gestellt, aber Sie haben sie nicht mitgemacht. Auch hier: Fehlanzeige. Dann verstecken Sie sich wohlmöglich hinter den Koalitionsabsprachen, daß es nämlich keine wechselnden Mehrheiten geben darf.

Die Bevölkerung durchschaut langsam Ihr Spiel: Abkassieren, keine Verantwortung übernehmen, taktieren und über die politischen Runden kommen. Das ist Ihre Devise.

Meine Damen und Herren, wir stellen uns dieser Sache, wir müssen entscheiden. Diese Frage kann uns nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts niemand abnehmen, und wir stimmen der Überweisung des Gesetzentwurfes an den Hauptausschuß zu und stellen uns dort den Fragen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verkleinerung des Landtages, Herr Hardt, - darüber kann man reden, falls Sie nicht im Hinterkopf hatten, daß dies einen Landtag ohne die GRÜNEN bedeutet.

(Heiterkeit und Nein-Rufe bei der CDU)

- "Nein, nein" - ich höre dies mit Freude.

Herr Hardt und Frau Fischer, ich habe nicht erwartet, Sie in dieser Debatte bekehren zu können, aber wir haben ja noch ein bißchen Zeit. Der Gesetzentwurf wird überwiesen, und da kann man sich ja noch ein paar Gedanken machen.

Sie verlangen immer von uns, daß wir einen Gesetzentwurf vorlegen. Das verstehe ich überhaupt nicht: Wir wollen doch gar nichts ändern, und insofern brauchen wir auch keinen Gesetzentwurf. Sie wollen ja etwas ändern, Sie wollen die Diäten erhöhen, und deswegen brauchen Sie einen Gesetzentwurf, aber nicht wir. Wir legen einen Entschließungsantrag vor, in dem wir unsere Meinung deutlich machen und begründen, warum wir letztendlich diesen Gesetzentwurf, den Sie eingebracht haben, ablehnen.

(B) **(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)**

Es ist keine Kritik am Präsidenten, was wir hier vorlegen. Der Präsident hat seinen Bericht vorgelegt nach Recht und Gesetz, aber jetzt kommen wir - Herr Hardt, das haben Sie eben auch ganz treffend gesagt -, und wir müssen entscheiden. Diese Entscheidung kann uns niemand abnehmen. Wir alleine müssen entscheiden, was die richtige Diät ist, und insofern sind wir gefordert.

Ich möchte einmal darauf verweisen, wie es in anderen Bereichen der Landesverwaltung zugeht. Der Finanzminister hat in wesentlichen Bereichen die Etatansätze 1998 am Ist 1996 orientiert. Das gilt in weiten Bereichen des Landes. Das gilt nicht nur für Sachausgaben; das gilt natürlich auch für Zuwendungsempfänger, die aus den Zuwendungen Personal finanzieren. Das heißt, wir verordnen landesweit einen Stillstand auf dem Niveau von 1996, genehmigen uns selber aber eine Anhebung. Das finden wir nicht in Ordnung.

Die Landesregierung als Vorbild hat sich eine Nullrunde verordnet. Andere Bundesländer haben sich ebenfalls eine Nullrunde verordnet. Ich nenne beispielsweise Berlin mit der dritten Nullrunde für Abgeordnete innerhalb der letzten fünf Jahre. Nullrunden gibt es dieses Jahr in Baden-Württemberg, Berlin, Bayern und Hessen. Es gibt auch Nullrunden für das kommende Jahr 1998 in einigen anderen Bundesländern. Insofern wären wir, wenn wir uns eine Nullrunde verordneten, in guter Gesellschaft. (C)

Wir glauben natürlich nicht, daß man damit die Finanzprobleme des Landes lösen kann - das ist ja wohl klar -, sondern es geht hier um ein politisches Signal, ob wir nämlich bereit sind, uns an die eigene Nase zu fassen, ob wir bereit sind, das, was wir anderen zumuten, auch für uns selber gelten zu lassen. Das Signal wäre, daß sich die Abgeordneten an den Einsparanstrengungen des Landes angemessen und adäquat beteiligen. Das ist zumutbar. Das ist deshalb zumutbar, weil die Inflation 1997 gegenüber 1990 21 % betragen hat, aber der Zuwachs der Abgeordnetendiäten 24 %. Das heißt, wir als Abgeordnete liegen über der Inflationsrate, während es weite Teile der Bevölkerung trifft, die mit ihrem Einkommen in dem Vergleichszeitraum unter der Inflationsrate liegen. Das ist für uns der Grund, eine Diätenerhöhung für das nächste Jahr abzulehnen. (D)

Die Grünen-Fraktion hat beschlossen, den Einsparbetrag für ein Obdachlosenprojekt in Düsseldorf zu spenden.

(Birgit Fischer [SPD]: Auch den Betrag der letzten zehn Jahre? - Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

- Herr Hardt, wir reden über die Diätenerhöhung 1998.

(Heinz Hardt [CDU]: Wir reden auch von 1999!)

- Herr Hardt, das ist gar nicht so schwierig. Wir müssen jetzt entscheiden, was wir mit der Diätenerhöhung 1998 tun.

(Heinz Hardt [CDU]: Und 1999?)

Verzichten wir auf eine Diätenerhöhung für das Land, oder sind wir bereit, diesen Erhöhungsbetrag einem sinnvollen Projekt zur Verfügung zu stellen?

(Heinz Hardt [CDU]: Die von 1990 und 1991 hat er eingesackt! Schaumschläger!)

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

- (A) Wir reden nicht, Herr Hardt, über den richtigen Diätenbetrag an und für sich. Das wäre eine lohnende Debatte, Herr Hardt, die wir aber hier nicht zu führen haben, weil wir über einen konkreten Gesetzentwurf reden, den Sie eingebracht haben und den wir ablehnen. Ich habe Ihnen dargelegt, aus welchen Gründen wir ihn ablehnen. Und wir haben Ihnen mitgeteilt, wofür wir als Grünen-Fraktion diesen Erhöhungsbetrag spenden, nämlich für eine "Notschlafstelle Knackpunkt", wie sie sich nennt, für obdachlose Mädchen und Frauen hier in Düsseldorf in der Gruppellostraße. Das ist ein sinnvolles Projekt. Das ist eine Möglichkeit, die uns, glaube ich, gut zu Gesicht steht und mit der wir auch die Aufmerksamkeit auf die Menschen lenken, die hier von sozialen Notständen besonders betroffen sind. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich diesem Beispiel anschließen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

- (B) Ich lasse abstimmen über die Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksache 12/2482 an den Hauptausschuß, wobei der Bericht des Landtagspräsidenten Drucksache 12/2186 in die Beratung des Hauptausschusses mit einbezogen wird. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

10 **Gesetz zur Änderung des Personalausweisgesetzes NW**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2229

Beschlußempfehlung
des Ausschusses für Innere Verwaltung
Drucksache 12/2457

zweite Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen, so daß ich über die Beschlußempfehlung des Ausschusses abstimmen lasse, die vorsieht, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer

stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet. (C)

Ich rufe auf:

11 **Verfassungsgerichtliche Verfahren**

Verfassungsbeschwerden von Frau Anne Behnke und Herrn Ekkehard Behnke gegen den Bescheid des Oberkreisdirektors des Rheinisch-Bergischen Kreises vom 24.03.1992 und das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 13.06.1994 (1 BvR 2369/94) sowie des Herrn Josef Hempelmann gegen den Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vom 14.02.1995 (1 BvR 857/95)

- 1 BvR 2369/94 und 1 BvR 857/95 -

Vorlage 12/1486

Beschlußempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 12/2434

Eine Debatte ist nicht vorgesehen, so daß ich direkt über die Empfehlung des Rechtsausschusses abstimmen lasse. (D)

Danach empfiehlt der Ausschuß, zu diesen verfassungsgerichtlichen Verfahren nicht Stellung zu nehmen. Wer dem die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

12 **Verfassungsgerichtliches Verfahren**

Verfassungsbeschwerde des Herrn Dr. Thomas Elsner und der Frau Gunda Diercks-Elsner gegen den Beschluß des Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgerichts vom 13. August 1997 - 3 M 17/97 - und den Beschluß des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts vom 12. März 1997 - 9 B 13/97 (92) -

- 1 BvR 1640/97 -

Vorlage 12/1547